

Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet = L'Office fédéral de la protection civile communique = L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **16 (1969)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet
L'Office fédéral de la protection civile communique
L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Rapporte des Bundesamtes für Zivilschutz mit den Chefs der kantonalen Zivilschutzstellen vom Oktober und Dezember 1968

Frage der Kantone

Sanitätsdienstliche Probleme

1. Weisungen für die sanitätsdienstliche Beurteilung der Kantone.
2. Unterstellung der Spitäler unter den Zivilschutz.

Antwort des Bundesamtes

1. Weisungen für die sanitätsdienstliche Beurteilung der Kantone

1. Das Bundesamt für Zivilschutz hat am 15. Februar 1967 einen ersten Entwurf zu «Weisungen des Bundesamtes für Zivilschutz über die sanitätsdienstliche Beurteilung der Kantone und die Erstellung der kantonalen sanitätsdienstlichen Dispositive» ausgearbeitet.
2. Dieser Entwurf wurde an den Oberfeldarzt geleitet, dessen Stellungnahme als Beauftragter des Bundesrates für den Aufbau des totalen Sanitätsdienstes notwendig ist.
3. Zurzeit müssen aber wichtige Entscheide im Zusammenhang mit Reorganisationen im Territorialdienst und bei den Sanitätstruppen abgewartet werden. Es ist beispielsweise vorgesehen, dem Territorialdienst von vorneherein wesentliche sanitätsdienstliche Mittel der Armee zu unterstellen. Der Oberfeldarzt rechnet damit, dass mit der neuen Organisation auf je rund 200 000 Zivilpersonen eine Territorial-Spitalabteilung bereitgestellt wird.
4. Die Bearbeitung unserer Weisungen kann deshalb im Moment nicht fortgesetzt werden; es muss vorerst über die Integrierung des Zivilschutz-Sanitätsdienstes in den totalen Sanitätsdienst Klarheit herrschen.
5. Um trotz dieses unfreiwilligen Marschhaltes einen Fortschritt erzielen zu können, wurde ein Kanton, als Testfall sozusagen — durch einen medizinischen Experten des Bundesamtes sanitätsdienstlich analysiert. Auf diese wichtige Arbeit wird bei anderer Gelegenheit zurückzukommen sein.

99. Unterstellung der Spitäler unter den Zivilschutz

6. Ueber diese Frage wurde im September 1968 eine Studie abgeschlossen.

7. Die schweizerischen Krankenanstalten weisen die folgenden verschiedenartigen Rechtsformen auf:

	Anzahl Anstalten	Betten- zahl
a) Anstalten nach privatem Recht, in 9 verschiedenen Formen	258	27 584
b) Anstalten nach öffentlichem Recht, in 7 verschiedenen Formen	173	41 005
Total, in 16 verschiedenen Rechtsformen	431	68 589

8. Von den rechtlichen Möglichkeiten einer Unterstellung der Spitäler unter den Zivilschutz in Zeiten aktiven Dienstes sind folgende zu erwähnen:
a) Ergänzung der Zivilschutzgesetzgebung
b) Beschluss des Bundesrates in einem Zeitpunkt, da dieser über die entsprechenden Vollmachten verfügt.

c) Anwendung der Verordnung über die Requisition in Zeiten aktiven Dienstes.

Wenn die Vor- und Nachteile der verschiedenen möglichen Wege gegeneinander abgewogen werden, dürfte das Ziel am besten über den Weg einer Revision der Zivilschutzgesetzgebung zu erreichen sein.

9. Eine erste Ueberprüfung lässt den Schluss zu, dass eine Revision kantonaler Gesetze über die öffentliche Gesundheitspflege nicht erforderlich wäre.

10. Dagegen dürfte mit einer Opposition gegen die Aufnahme von Bestimmungen über die Unterstellung der Spitäler unter den Zivilschutz in Zeiten aktiven Dienstes sowohl bei den Kantonen als auch bei den Spitälern selbst zu rechnen sein.

Frage der Kantone:

Die Beschaffung von Gasmasken für die Bevölkerung scheint überflüssig zu sein, zumindest für diejenigen Personen, die über einen Schutzraum mit Kollektivfilter verfügen. Vorderhand sei lediglich die Zuteilung von Gasmasken an die Schutzorganisationen (OSO und BSO) als dringlich zu bezeichnen.

Antwort des Bundesamtes:

Im Jahr 1968 wurden 80 000 Gasmasken Typ C als *Uebungsmasken* der OSO und BSO zugeteilt. Eine weitere Zuteilung findet im Jahr 1969 statt. Bei diesen Gasmasken handelt es sich um ältere Fabrikationsserien, die nicht mehr voll kriegstauglich sind, für Uebungszwecke jedoch vollauf genügen und des-

halb zu einem verbilligten Preis diesen Organisationen abgegeben werden.

Im Jahr 1969 gelangen erstmals *Ernstfallgasmasken* an die OSO und BSO als Kriegsreserve zur Abgabe. Der erforderliche Totalbestand wird bis anfangs 1972 vorhanden sein. Diese Masken werden in mit Stickstoff gefüllten Kesseln geliefert. Gleichzeitig werden je 2 Filter pro Ernstfallgasmaske abgegeben. Die Lieferung erfolgt ab 1969 im Rahmen der vom Bundesamt jährlich festgelegten Quoten. Diese Gasmasken und Filter sind durch die Gemeinden und Betriebe zu lagern.

Für die Hauswehren wurde in Zusammenarbeit mit der Gruppe für Rüstungsdienste und dem AC-Schutzdienst des EMD eine sogenannte *Volksgasmaske Typ V 67* entwickelt. Die Fabrikation der erforderlichen 640 000 Stück wird im Jahr 1972 im wesentlichen abgeschlossen sein. Diese Lieferung erfolgt allerdings erst ab 1970 im Rahmen der vom Bundesamt jährlich festgelegten Quoten. Die Lagerung ist Sache der Gemeinden wie für das übrige Hauswehrmaterial.

Im Anschluss an die Ausrüstung der Hauswehren ist die Beschaffung der Volksgasmaske Typ V 67 für die *Bevölkerung* vorgesehen. Eine Abgabe ist aber vor derhand nicht in Aussicht genommen, sondern in erster Linie eine Lagerhaltung durch Bund, Kantone und Gemeinden gemäss Art. 62, Ziffer 3 und 4, des Bundesgesetzes vom 23. März 1962 über den Zivilschutz. Die Abgabe an die Bevölkerung wird sich im gegebenen Zeitpunkt nach den vorhandenen Beständen und der besonderen Lage richten.

Frage der Kantone:

Submissionswesen: In der Zivilschutzgesetzgebung und den Ausführungserlassen sind keinerlei Bestimmungen über die Arbeitsvergebung für Zivilschutzbauten enthalten. Insbesondere für die grösseren OSO-Bauten sollte der Bund als Hauptzahlender gewisse Grundsätze sowohl bezüglich der Freizügigkeit (Verbot der Beschränkung auf orts- oder kantonsansässige Teilnehmer) als auch der Vergabung der Arbeiten zu Konkurrenzpreisen erlassen.

Antwort des Bundesamtes:

Leider wurde seinerzeit die Aufnahme entsprechender Vorschriften in die Verordnungen zum Zivilschutz- und zum Baumassnahmengesetz unterlassen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass eine solche Sicherung von Bundesseite her sich je länger je mehr als notwendig erweist. Die teilweise veralteten und «protektionistischen» Submissionsverordnungen einzelner Kantone bzw. Gemeinden führen oft zu «gesteuerten» Vergabungen, welche das Preisniveau ungünstig beeinflussen. Dies wirkt sich vor allem bei den teuren Bauten der örtlichen Schutzorganisation, des Sanitätsdienstes und in einem gewissen Masse auch bei den immer wichtiger werdenden öffentlichen Schutzbauten aus. Da bei diesen Schutzraumkategorien, insbesondere bei den beiden ersteren, der Bund den Hauptteil der Beiträge leistet, ist eine vermehrte Einflussnahme zwecks Gewährleistung der Freizügigkeit sicherlich gerechtfertigt.

Das Bundesamt wird deshalb anlässlich der nächsten Revision den Antrag zur entsprechenden Ergänzung der Verordnungen zum Zivilschutzgesetz und zum Baumassnahmengesetz unterbreiten. Wir sehen dabei die Formulierung in ähnlicher Weise, wie sie

in Art. 3, Abs. 1 und 2, der Vollzugsverordnung II zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues vom 22. Februar 1966 getroffen worden ist. Diese lautet folgendermassen:

¹ Abmachungen über die Ausführung in Regie oder zu Pauschalpreisen bedürfen der Genehmigung des Kantons. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn nach Prüfung der Unterlagen Gewähr dafür besteht, dass die Bauausführung dadurch nicht verteuert wird.

² Bundeshilfe wird nur gewährt, wenn der Wettbewerb mit freien Preiseingaben gesichert ist und wenn der Bauherr weder direkt noch indirekt verpflichtet ist, die Vergabung von Arbeiten und Lieferungen auf orts- oder kantonsansässige Architekten, Handwerker, Unternehmer und Lieferanten zu beschränken.

Bezüglich des immer wieder festgestellten unseriösen Wettbewerbes auf dem Gebiete der Notstromversorgungseinrichtungen gedenken wir zusätzlich wie folgt vorzugehen:

Die heute geltenden technischen Weisungen gewähren den Lieferfirmen eine gewisse Freiheit. Dies hat den Vorteil, dass der Wettbewerb frei spielen kann, wobei vorausgesetzt werden muss, dass die Qualität der Einrichtungen in allen Teilen den Mindestanforderungen entspricht. Leider halten sich gewisse Firmen nicht immer an diese Regeln. Aus diesem Grunde wird das Bundesamt voraussichtlich bereits anfangs 1969 Pflichtenhefte für die Submission von Notstromgruppen erlassen, welche eine mangelhafte Umschreibung der offerierten Anlagen ausschliessen.

Frage der Kantone:

Pauschalierung der Kostenvoranschläge im privaten Schutzraumbau. Können die angestrebten Vereinfachungen für die Phasen der Kostenvoranschläge und der Projektgenehmigung für Schutzraumbauten bis zu 50, eventuell bis zu 100 Schutzplätzen bald eingeführt werden?

Antwort des Bundesamtes:

Das bis anhin übliche Verfahren für die Projektgenehmigung und Beitragszusicherung verlangte die Erstellung einer detaillierten Mehrkostenberechnung bei den Schutzbauten aller Kategorien und Grössen. Dieses Verfahren entspricht auch den Bestimmungen, welche unter Abschnitt 1.5 unserer Weisung Nr. 65 vom 17. August 1967 enthalten sind.

Im Bereiche des privaten Schutzraumbaus, insbesondere bei den in den Kompetenzbereich der Kantone fallenden Schutzräumen bis zu 100 Schutzplätzen, wurde der Zwang zur Erstellung einer detaillierten Mehrkostenberechnung immer wieder beanstandet. Diese Beanstandungen stammen in erster Linie aus den Reihen der privaten Architekten, welche sich aus einer Pauschalierung der Beitragsgesuche eine wesentliche Arbeitseinsparung versprechen. Dasselbe gilt naturgemäss auch für die baulichen Kontrollorgane der Kantone.

Nachdem mit der Einführung der TWP eine weitgehende Vereinheitlichung des Schutzraumbaus erfolgt ist, erachten wir die Durchführung einer solchen Pauschalierung in begrenztem Rahmen als verantwortbar. Es darf dabei, angesichts der immer wieder festzustellenden Unregelmässigkeiten bei den Abrechnungen, nicht vergessen werden, dass durch eine solche Massnahme ein gewisses erzieherisches

Prinzip aufgegeben wird. Wir möchten deshalb, im Einvernehmen mit der eidg. Finanzkontrolle, diese Pauschalierung auf private Schutzraumbauten bis zu maximal 100 Schutzplätzen und vorläufig auf die Dauer eines Jahres beschränken. Bei Bewährung sind wir ohne weiteres bereit, dannzumal diese zeitliche Beschränkung aufzuheben.

Zwecks Durchführung dieser Massnahme wird das Bundesamt eine Weisung an die Kantone erlassen, welche das vereinfachte Eingabeverfahren im Detail regelt. Dabei werden die Richt-Mehrkosten pro Schutzplatz, abgestuft nach Schutzraumgrössen, von uns vorgeschrieben. Diese Kosten dienen jedoch lediglich als Richtlinien und geben den Bauherren keinerlei Rechtsansprüche. Massgebend für die endgültige Beitragsfestsetzung bleibt nach wie vor die detaillierte Mehrkostenabrechnung, wie sie auch in unserer obengenannten Weisung Nr. 65 vom 17. August 1967 unter Abschnitt 3.4 beschrieben ist.

Selbstverständlich werden wir es den Kantonen überlassen, ob sie in ihrem Gebiet diese Massnahme durchzuführen gedenken oder nicht.

Rapports de l'Office fédéral de la protection civile avec les chefs des Offices cantonaux de protection civile, octobre et décembre 1968

Question des cantons:

Problèmes du service sanitaire

1. Instructions relatives à l'appréciation des cantons à l'égard du service sanitaire.
2. Subordination des hôpitaux à la protection civile.

Réponse de l'Office fédéral:

I. Instructions relatives à l'appréciation des cantons à l'égard du service sanitaire

1. Le 15 février 1967, l'Office fédéral de la protection civile a élaboré le premier projet d'«Instructions de l'office fédéral de la protection civile relatives à l'appréciation des cantons à l'égard du service sanitaire et à l'établissement des dispositifs cantonaux du service sanitaire».
2. Ce projet a été transmis au médecin en chef de l'armée dont la réponse, en sa qualité de chargé de mission par le Conseil fédéral, est nécessaire pour organiser le service sanitaire total.
3. Mais actuellement il faut attendre d'importantes décisions en relation avec la réorganisation du service territorial et des troupes sanitaires. Par exemple, on a prévu de placer d'emblée sous les ordres du service territorial d'importants effectifs du service de santé de l'armée. Le médecin en chef de l'armée compte que, par suite de la nouvelle organisation, un groupe territorial d'hôpital sera préparé pour chaque nombre rond de 200 000 personnes civiles.
4. Nous ne pouvons donc continuer de remanier nos instructions; il nous faut d'abord savoir si et

quand le service sanitaire de la protection civile sera intégré dans le service sanitaire total.

5. Afin de pouvoir faire un bond en avant malgré cet arrêt involontaire, le service sanitaire d'un canton a été analysé, comme cas d'essai proprement dit, par un expert médical de l'Office fédéral. A une autre occasion, nous reviendrons sur cet important travail.

II. Subordination des hôpitaux à la protection civile

6. En septembre 1968, une étude a été terminée sur cette question.
7. Les établissements suisses pour malades présentent les formes juridiques diverses suivantes:

	Nombre d'établissements	Nombre de lits
a) Etablissements de droit privé en 9 formes différentes	258	27 584
b) Etablissements de droit public, en 7 formes différentes	173	41 005
Total, en 16 formes juridiques différentes	431	68 589

8. Parmi les possibilités légales de subordonner les hôpitaux à la protection civile en temps de service actif, il faut mentionner les suivantes:

- a) compléter la législation sur la protection civile;
- b) prendre un arrêté du Conseil fédéral à une époque où ce dernier disposera des pleins pouvoirs;
- c) appliquer l'ordonnance sur la réquisition en temps de service actif.

Si l'on pesait les avantages et les désavantages des divers moyens possibles, la voie la meilleure à suivre serait la révision de la législation sur la protection civile.

9. Un premier examen permet de conclure qu'il ne serait pas nécessaire de reviser les lois cantonales sur l'hygiène publique.
10. En revanche, il faudrait s'attendre à une opposition au fait de prévoir des dispositions relatives à la subordination des hôpitaux à la protection civile en temps de service actif, opposition aussi bien des cantons que des hôpitaux eux-mêmes.

Question du canton:

L'acquisition de masques à gaz pour la population paraît superflue, du moins pour les personnes disposant d'abris avec filtres collectifs. Pour l'instant, seule l'attribution de masques aux formations de la protection civile semble urgente.

Réponse de l'Office fédéral:

En 1968 ont été attribués comme *masques d'exercice* 80 000 masques à gaz type C destinés aux organismes de protection des communes et des établissements. Une deuxième attribution sera faite en 1969. Il s'agit de masques à gaz d'anciennes séries de fabrication qui ne peuvent plus être considérés comme suffisants pour le cas de guerre, mais qui peuvent cependant être encore utilisés pour l'exercice. Ils sont remis à prix réduit aux organismes précités.

En 1969, une première série de *masques à gaz de la*

réserve de guerre sera livrée aux organismes locaux et d'établissements. La totalité de l'effectif nécessaire sera disponible au début de l'année 1972. Ces masques seront livrés dans des fûts remplis de nitrogène. En même temps seront remis deux filtres par masque à gaz de guerre. Les livraisons débuteront en 1969 dans le cadre des attributions annuelles de l'Office fédéral de la protection civile. Les masques et les filtres seront entreposés par les soins des communes et des établissements.

Pour les gardes d'immeuble, un *masque populaire type V 67* a été développé en collaboration avec le Groupement de l'armement et le Service de protection AC du Département militaire fédéral. La fabrication des 640 000 masques nécessaires à leur équipement sera terminée en 1972. Les livraisons débuteront dès 1970 dans le cadre des attributions annuelles de l'Office fédéral de la protection civile. L'emmagasinage se fera, comme pour le surplus du matériel de cet organisme, par les soins des communes et des établissements.

Une fois l'équipement des gardes d'immeuble terminé, il est prévu de continuer la fabrication de ce même type de masques à gaz pour la *population civile*. Une remise à la population n'est toutefois pas encore envisagée. Aux termes de l'article 62, chiffres 3 et 4 de la LF, ces masques seront d'abord entreposés par la Confédération, les cantons et les communes. A qui sera remis un masque à gaz en cas de besoin dépendra en premier lieu de la quantité disponible et de la situation particulière.

Question des cantons:

Procédure d'adjudication. Aucune disposition ayant trait à l'adjudication des travaux n'est stipulée, soit dans la législation pour la protection civile, soit dans les ordonnances d'exécution. Il incomberait à la confédération, en sa qualité de bailleur de fonds, d'édicter certaines prescriptions relatives à la libre concurrence, ainsi qu'à l'adjudication des travaux à des prix compétitifs (interdiction de limiter les adjudications aux seules entreprises locales ou cantonales). Ceci concerne en particulier les ouvrages importants destinés aux organismes de protection locale.

Réponse de l'Office fédéral:

Il est à regretter que de telles prescriptions aient été omises, lors de l'élaboration des instructions et des ordonnances relatives aux mesures de construction de la protection civile. Or, comme l'expérience le démontre de plus en plus, il répond à une nécessité urgente, que la confédération se réserve la sauvegarde de ses droits. Les ordonnances d'adjudication partiellement surannées de certains cantons et communes tendant vers un «protectionnisme dirigé», exercent une influence néfaste sur le niveau des prix.

Ceci regarde avant tout les ouvrages coûteux, destinés aux organismes de protection locaux, aux services sanitaires et en une certaine mesure les abris publics dont l'importance va croissant. Attendu que pour ces catégories d'abris, principalement pour les deux premières ci-dessus mentionnées, la confédération alloue la majorité des subventions, une prise d'influence accrue est entièrement justifiée en vue de garantir le jeu de la libre concurrence.

L'Office fédéral de la protection civile saisira par conséquent l'occasion de la prochaine révision, pour proposer des compléments opportuns dans le cadre des ordonnances sur la protection civile, ainsi que de la loi relative aux mesures de construction. Nous estimons qu'une formulation adéquate pourrait être appliquée, telle que celle de l'article 3, 1er et 2e alinéas, contenu dans l'ordonnance d'exécution II de la loi fédérale concernant l'encouragement à la construction de logements, du 22 février 1966, soit:

¹ Des arrangements ayant trait à l'exécution des travaux en régie ou à des prix forfaitaires doivent être soumis à l'assentiment du canton; il ne l'accordera que s'il s'est assuré par l'examen du dossier, que ce mode de faire ne renchérit pas la construction.

² Aucune aide fédérale n'est accordée si la libre concurrence pour les offres de prix n'est pas respectée et si le maître de l'ouvrage est tenu, directement ou indirectement, de limiter l'adjudication des travaux ou l'achat de matériel à des architectes, artisans, entrepreneurs et fournisseurs établis dans le canton ou dans la localité.

Dans le secteur des équipements de groupes électrogènes de secours, où nous constatons fréquemment des tendances de concurrence déloyale, nous envisageons d'opérer comme suit:

Les instructions actuellement en vigueur confèrent aux fournisseurs un certain degré de liberté. Il en résulte l'avantage du jeu de la libre concurrence, à la condition toutefois, que la qualité des équipements dans tous leurs éléments soit conforme aux exigences minimales. Il est regrettable de devoir constater que certaines maisons ne respectent pas toujours ces règles. Afin d'obvier à ces irrégularités, l'Office fédéral de la protection civile établira, prévisiblement déjà début 1969, des cahiers des charges pour la mise en soumission de groupes électrogènes de secours. Par ce moyen, les descriptifs incomplets des équipements offerts, ayant tendance à éluder les prescriptions, seront exclus d'office.

Question des cantons:

Devis à forfait pour abris privés. Conformément à la proposition ainsi qu'à la conférence de M. Suter, Lucerne, lors du rapport tenu à Olten le 1.2.1968, nous espérons que jusqu'au terme du prochain rapport la mise au point interne sur le plan fédéral sera achevée. En effet, l'objectif poursuivi est de réaliser au plus tôt une simplification de la procédure relative à la phase du devis et de l'approbation de projets, ceci pour des abris comprenant jusqu'à 50, éventuellement 100 places protégées.

Réponse de l'Office fédéral:

La procédure d'approbation de projets et d'octroi de subventions pratiquée jusqu'à ce jour exigeait l'établissement d'un devis détaillé des frais supplémentaires, pour constructions d'abris de toutes catégories et dimensions. Elle correspond également aux prescriptions décrites au chiffre 1.5 de nos instructions No 65 du 17 août 1967.

L'obligation de la présentation de devis détaillés pour les abris comprenant jusqu'à 100 places protégées et soumis à la compétence cantonale, a fait l'objet de critiques répétées. Ces critiques émanent principalement des architectes privés qui escomptent réaliser une économie de travail notable par le moyen de devis forfaitaires pour les demandes de

subventions. Cette considération est également valable pour les organes cantonaux préposés au contrôle des constructions.

L'introduction des ITAP ayant permis de réaliser une uniformisation généralisée pour la construction d'abris, nous estimons que la mise en pratique de devis forfaitaires dans un cadre limité est justifiée. Au vu des irrégularités fréquentes constatées lors des règlements de comptes, il apparaît que cette nouvelle pratique a en soi une certaine valeur éducative. En accord avec le contrôle fédéral des finances, nous proposons donc de limiter à une durée provisoire d'un an la mise en pratique des devis forfaitaires pour ouvrages d'abris comprenant jusqu'à 100 places. Si après ce terme les résultats répondent à l'attente, nous sommes sans autre disposés à supprimer cette limitation temporaire.

Dans ce dessein l'Office fédéral de la protection civile adressera, probablement en fin d'année, une instruction aux cantons, réglementant en détail la procédure de requête simplifiée. A cet effet, nous prescrivons les frais supplémentaires appréciatifs par place protégée en fonction de la grandeur des abris. Toutefois ces données seront à considérer uniquement comme directives, et ne conféreront au maître de l'ouvrage aucune prétention fondée en droit. Comme par le passé, le décompte détaillé des frais supplémentaires effectifs est déterminant pour l'établissement du montant de la subvention, comme décrit dans la circulaire No 65 du 17. 8. 1967, chiffre 3.4.

Il est bien entendu que nous laissons aux cantons toute liberté de décision quant à l'application de ces mesures.

Rapporti dell'Ufficio federale della protezione civile con i capi degli Uffici cantonali della protezione civile in ottobre e dicembre 1968

Domanda dei cantoni:

Problemi del servizio sanitario

1. Istruzioni concernenti l'apprezzamento dei cantoni dal punto di vista sanitario.
2. Subordinazione degli ospedali alla protezione civile.

Risposta dell'Ufficio federale:

I. Istruzioni concernenti l'apprezzamento dei cantoni dal punto di vista sanitario

1. L'Ufficio federale della protezione civile ha elaborato il 15 febbraio 1967 un primo progetto di «Istruzioni dell'Ufficio federale della protezione civile concernenti l'apprezzamento dei cantoni dal punto di vista sanitario e l'allestimento dei dispositivi cantonali di servizio sanitario».
2. Questo progetto venne trasmesso al medico in capo dell'esercito, la cui presa di posizione quale delegato del Consiglio federale è necessaria per l'assetto definitivo del servizio sanitario totale.

3. Attualmente però bisogna aspettare che siano prese importanti decisioni in relazione con la riorganizzazione del Servizio territoriale e delle truppe sanitarie. È previsto, ad esempio, di sottoporre fin dal principio al Servizio territoriale considerevoli mezzi sanitari dell'esercito. Il medico in capo dell'esercito conta che, con la nuova organizzazione, potrà essere costituito un gruppo d'ospedale territoriale per ogni aggruppamento di 200 000 persone civili.

4. L'elaborazione delle nostre istruzioni dev'essere quindi per il momento interrotta; dobbiamo innanzitutto essere in chiaro circa l'inserimento del servizio sanitario della protezione civile nel quadro del servizio sanitario totale.

5. Allo scopo di poter fare qualche passo in avanti nonostante questa sosta involontaria, è stata presa in esperimento, da un perito medico dell'Ufficio federale, l'organizzazione sanitaria di un cantone (Argovia). Su questo importante lavoro avremo occasione di ritornare ancora in seguito.

II. Subordinazione degli ospedali della protezione civile

6. Nel settembre 1968 è stato concluso uno studio al proposito.

7. Gli istituti ospedalieri svizzeri presentano le differenti forme giuridiche seguenti:

	Numero degli stabilimenti	Posti letto
a) Istituti di diritto privato, in 9 forme diverse	258	27 584
b) Istituti di diritto pubblico, in 7 forme diverse	173	41 005
Totale, in 16 forme giuridiche diverse	431	68 589

8. Tra le varie possibilità legali di sottoporre gli ospedali alla protezione civile in tempo di servizio attivo, vanno menzionate le seguenti:

- a) Completamento della legislazione sulla protezione civile.
- b) Apposito decreto del Consiglio federale da emanare quando questi disponga dei corrispondenti pieni poteri.
- c) Applicazione dell'ordinanza sulla requisizione in tempo di servizio attivo.

Soppesando i vantaggi e gli svantaggi dei vari mezzi possibili, sembra che quello della revisione della legislazione sulla protezione civile possa essere il migliore.

9. Da una prima verifica si può dedurre che una revisione delle leggi cantonali sulla pubblica igiene non sia necessaria.

10. Per contro, c'è da aspettarsi una opposizione, tanto da parte dei cantoni che da parte degli ospedali stessi, contro l'accettazione di disposizioni riguardanti la subordinazione degli ospedali alla protezione civile in caso di servizio attivo.

Domanda dei cantoni:

L'acquisto di maschere antigas per la popolazione appare superfluo, almeno per quelle persone che possono disporre di rifugi premuniti di filtri collettivi. Per intanto risulterebbe urgente solo l'assegnazione di maschere antigas agli organismi di protezione (OLP e OPS).

Risposta dell'Ufficio federale:

Nel 1968 sono state assegnate agli OLP e agli OPS 80 000 maschere antigas del tipo C quali *maschere d'esercizio*. Un'ulteriore consegna avrà luogo nel corso del 1969. Si tratta però di maschere antigas di vecchia fabbricazione, che non sono più completamente efficaci per il caso di guerra, ma che possono ancora opportunamente servire a scopi d'esercizio. Esse sono fornite ai precitati organismi ad un prezzo ribassato.

Nel 1969 saranno consegnate per la prima volta agli OLP e agli OPS, quale riserva di guerra, delle *maschere antigas per il caso effettivo*. Il quantitativo totale richiesto potrà essere disponibile entro il principio del 1972. Queste maschere vengono fornite in bidoni riempiti d'azoto. Nel contempo, saranno distribuiti 2 filtri per maschera antigas di guerra. La consegna viene effettuata a partire dal 1969 secondo le quote stabilite, anno per anno, dall'Ufficio federale. Queste maschere antigas, coi relativi filtri, dovranno essere immagazzinate a cura dei comuni e degli stabilimenti.

Per le guardie caseggiato è stata sviluppata, in collaborazione con l'aggruppamento dell'armamento e col Servizio di protezione AC del DMF, la cosiddetta *maschera antigas popolare tipo V 67*. La fabbricazione delle 640 000 maschere necessarie sarà sostanzialmente ultimata entro il 1972. La relativa consegna non incomincerà però che a decorrere dal 1970, nell'ambito delle attribuzioni annuali fissate dall'Ufficio federale. L'immagazzinamento incombe, come per tutto il resto del materiale delle guardie caseggiato, ai comuni.

Una volta ultimata la dotazione delle guardie caseggiato, è previsto l'acquisto di maschere antigas tipo V 67 anche per la *popolazione*. Tuttavia, un'eventuale consegna non entra per il momento in linea di conto, ma solo il rispettivo deposito da parte della Confederazione, dei cantoni e dei comuni a norma dell'articolo 62, capoversi 3 e 4 della legge federale del 23 marzo 1962 sulla protezione civile. La successiva distribuzione alla popolazione avrà luogo al momento opportuno, secondo le giacenze disponibili e la situazione particolare.

Domanda dei cantoni:

Aggiudicazione di lavori: In tutta la legislazione riguardante la protezione civile, come pure nelle ordinanze esecutive, non si riscontra alcuna disposizione circa l'aggiudicazione dei lavori per le costruzioni di protezione civile. Specialmente per le costruzioni maggiori degli OLP, la Confederazione dovrebbe, nella sua qualità di maggior contribuente, emanare dei criteri sulla libertà di concorso (divieto di limitare la partecipazione ai soli residenti locali o cantonali), come pure sull'aggiudicazione dei lavori a prezzi di concorrenza.

Risposta dell'Ufficio federale:

Purtroppo, a suo tempo, venne tralasciato l'inserimento di prescrizioni al proposito nelle ordinanze sulla protezione civile e sull'edilizia di protezione civile. Ora, le esperienze fatte sin qui hanno dimostrato la necessità impellente di tale garanzia da parte della Confederazione. I regolamenti d'aggiudicazione, in parte antiquati e «protezionisti», di certi cantoni o comuni portano spesso ad assegnazioni di

favore o «guidate», non certo atte ad influenzare vantaggiosamente il livello dei prezzi. Ciò si ripercuote soprattutto sulle costruzioni costose degli organismi locali di protezione, del servizio sanitario e, in una certa misura, anche sui rifugi pubblici che rivestono sempre più una grande importanza. Ora, siccome per queste categorie di rifugi, ed in special modo per le prime due, la Confederazione sopporta la parte principale dei sussidi, appare certamente giustificato un più marcato intervento a garanzia della libertà di concorso.

Pertanto, l'Ufficio federale presenterà, in occasione di una prossima revisione, delle proposte tendenti a completare l'ordinanza sulla protezione civile e quella sull'edilizia di protezione civile. Riteniamo che, al proposito, si potrebbe adottare la stessa formulazione dell'articolo 3, capoverso 1 e 2 dell'ordinanza d'esecuzione II della legge federale per promuovere la costruzione d'abitazioni (aiuto federale diretto), del 22 febbraio 1966. Essa è del seguente tenore:

¹ Gli accordi per l'esecuzione in regia o a prezzi convenuti richiedono l'approvazione del cantone. Questa è data soltanto se risulti con certezza, dall'esame dei documenti, che non ne derivi un rincaro per la costruzione.

² L'aiuto federale è unicamente concesso se nel concorso è rispettata la libera offerta dei prezzi e se il committente non è tenuto, direttamente o indirettamente, a restringere l'aggiudicazione di lavori e forniture ad architetti, artigiani, impresari e fornitori residenti nel luogo o nel cantone.

Per quanto riguarda la concorrenza poco seria che si deve pur sempre costatare nel commercio degli impianti per l'approvvigionamento dei rifugi con corrente d'emergenza, intendiamo procedere, in più, come segue:

Le istruzioni tecniche attualmente in vigore concedono alle ditte fornitrici una certa libertà. Ciò presenta il vantaggio di lasciare libero giuoco alla concorrenza, ammesso naturalmente che la qualità degli impianti, in tutti i loro elementi, sia conforme alle esigenze minime imposte. Purtroppo, alcune ditte non si attengono sempre alle norme prescritte. Per questo motivo, l'Ufficio federale emetterà, forse già entro la prima metà del 1969, dei capitolati per la messa a concorso dei gruppi elettrogeni d'emergenza, suscettibili di escludere a priori una descrizione insufficiente degli impianti offerti.

Domanda dei cantoni:

Liquidazione forfettaria dei preventivi di spesa nella costruzione di rifugi privati. Potranno essere presto introdotte le semplificazioni desiderate per le fasi della preventivazione e dell'approvazione dei progetti di costruzione dei rifugi fino a 50, eventualmente fino a 100 posti protetti?

Risposta dell'Ufficio federale:

La procedura sin qui seguita nell'approvazione dei progetti e nella garanzia dei sussidi richiedeva l'allestimento di un calcolo dettagliato delle spese supplementari per le costruzioni di rifugi d'ogni categoria e dimensione. Essa corrisponde pure alle disposizioni del paragrafo 1.5 della nostra circolare n. 65 del 17 agosto 1967.

Nel campo della costruzione dei rifugi privati, in special modo di quelli fino a 100 posti protetti en-

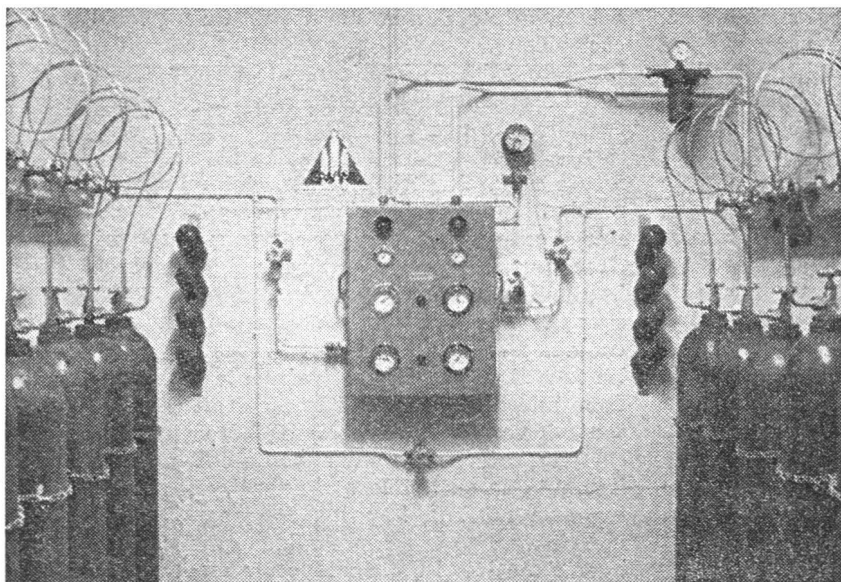
tranti nella sfera di competenza dei cantoni, l'obbligo di allestire un calcolo dettagliato delle spese supplementari veniva però sempre più contestato. Questa opposizione proviene in primo luogo dalle file degli architetti privati i quali si ripromettono, da una liquidazione forfettaria delle domande di sussidio, un sensibile risparmio di tempo. Lo stesso vale naturalmente anche per gli organi cantonali preposti al controllo delle costruzioni.

Dacchè, con l'introduzione delle ITRP, è stata raggiunta una notevole semplificazione della costruzione dei rifugi, riteniamo che l'applicazione della liquidazione forfettaria entro un quadro limitato possa essere legittimata. Non va però dimenticato, di fronte alle irregolarità che si devono ancora sempre rilevare nei conteggi, che con tale misura si abbandona un certo principio educativo. Perciò, d'intesa col Controllo federale delle finanze, vorremmo limitare questa liquidazione forfettaria alla costruzione dei

rifugi privati fino a un massimo di 100 posti protetti e, provvisoriamente, alla sola durata d'un anno. In caso di buona prova, saremo senz'altro disposti di abolire anche la limitazione temporanea.

In esecuzione di questo provvedimento, l'Ufficio federale rivolgerà ai cantoni una istruzione tendente a regolare in dettaglio questa procedura d'importo semplificata. A tale scopo saranno da noi prescritti i prezzi supplementari indicativi per posto protetto, graduati secondo la grandezza dei rifugi. Questi prezzi dovranno tuttavia servire solo quali direttive e non potranno fornire al committente dell'opera alcuna pretesa giuridica. Determinante per la fissazione definitiva del sussidio risulterà sempre, come già finora, il conteggio dettagliato, come è detto nella precitata circolare n. 65 del 17 agosto 1967, al paragrafo 3.4.

Beninteso, lasceremo ai cantoni la libertà di applicare o meno queste misure nell'ambito della loro giurisdizione.



Wir
planen
liefern
und
installieren

Gas- Versorgungs- Anlagen

für die zentrale
Verteilung
von Sauerstoff
Lachgas
Pressluft
und Vakuum

Unser Fachdienst
steht Ihnen für unverbindliche Beratung
gerne zur Verfügung

Postfach
6002 Luzern
☎ 041 41 51 51



Sauerstoff- & Wasserstoff-Werke AG. Luzern

Protection civile ——— autoprotection